

Jens Hildebrandt

Vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969. Die deutsche Frage in den deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen.

Die deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen zwischen DGB und FDGB unterlagen in den fünfziger und sechziger Jahren einem grundlegenden Wandel. Die Ursachen für diesen sind vielfältig. In der Forschung liegt der Fokus häufig auf dem Umschlagen der internationalen Großwetterlage im Zuge des Mauerbaus und der Kuba-Raketenkrise oder auf der innergesellschaftlichen Entwicklung in den beiden deutschen Staaten.¹ Methodisch vernachlässigt wurde in der Regel der Wandel der Einstellungsmuster und Mentalitäten der Gewerkschaftsfunktionäre selbst. Doch es war keineswegs selbstverständlich, dass die Gewerkschaftsfunktionäre in Ost und West gleichzeitig und gleichgerichtet auf die internationalen Entwicklungen und die innergesellschaftlichen Veränderungen reagierten. Vielmehr bestimmten unterschiedliche Wahrnehmungen und Fehlkalkulationen in Ost und West die deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen.² Die Akteure interpretierten und ordneten die Handlungen der gegenüberliegenden Seite aufgrund spezifischer ideologischer Vorüberlegungen und generationsspezifischer Erfahrungen. Eine entscheidende Rolle bei der Einschätzung des Wandels spielten neben dem jeweiligen politischen System mit seinen spezifischen Anforderungen der Informationsverarbeitung, die jeweiligen Wertsysteme („belief systems“) der Gewerkschaftsfunktionäre selbst, durch die sie versuchten, der neuen Weltlage Sinn zu geben. Sie folgten dabei nicht immer den strengen Regeln der Rationalität, sondern interpretierten die Situationen oft intuitiv und affektiv, entsprechend ihres Erfahrungshorizontes und ihrer Persönlichkeit.³

¹ Vgl. zum Wandel in den internationalen Beziehungen Werner Link: Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart u.a. 1988; und zum Verhältnis von internationalen Systembedingungen zur innergesellschaftlichen Dynamik Klaus Schönhoven: Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Hans-Jochen Vogel/ Michael Ruck: Klaus Schönhoven. Arbeiterbewegung und soziale Demokratie in Deutschland - Ausgewählte Beiträge, Bonn 2002, S. 406-429 und Klaus Schönhoven: Kontinuität und Brüche. Zur doppelten deutschen Geschichte nach 1945, in: ebd., S. 365-384.

² Robert Jervis: Perception and Misperception in International Politics, Princeton (N.J.) 1976.

³ Dieser Aufsatz baut auf den Ergebnissen der Dissertation des Autors auf: Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969, St. Ingbert 2010.

Zur Untersuchung der deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen wird hier deshalb ein akteurs- und prozesstheoretischer Ansatz gewählt. Analysiert wird der politische Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess in den zentralen Organen der beiden Gewerkschaftsorganisationen, der dafür quellenbasiert mit Hilfe der historisch-generativen Methode rekonstruiert wird. Zur Betrachtung der Akteursmotivation werden Facetten des deutschlandpolitischen Diskurses untersucht, die unterschiedlichen Generationen unterschieden und personen- und gruppenspezifische Erfahrungsrationalitäten offenlegt.

Nach einer kurzen Einführung und einem Überblick über den Forschungsstand wird anhand zweier charakteristischer Ereignisse ein Einblick in das Beziehungsverhältnis zwischen den beiden Dachverbänden gegeben. Im Anschluss werden die zentralen Faktoren des Wandels der Beziehungen zwischen DGB und FDGB in den fünfziger und sechziger Jahren bestimmt.

Als analytische Grundannahmen liegen der Arbeit die Hypothesen zu Grunde, dass erstens die beiden deutschen Staaten und ihre Gewerkschaften, „solang sie bestanden, aufeinander bezogen“ blieben; auch wenn sich ihre Entwicklungen politisch und gesellschaftlich bereits in der Nachkriegszeit voneinander entkoppelten und die deutsch-deutschen Beziehungen zu einer „asymmetrisch verflochtene[n] Parallel- und Abgrenzungsgeschichte“ wurden.⁴

Zweitens kristallisierte sich im Zeitraum zwischen 1955 und 1969 bei den Gewerkschaftsfunktionären in Ost und West, vor dem Hintergrund der Erinnerungen an Nationalsozialismus und Nachkriegszeit, ein Komplex von Wertvorstellungen und Verhaltensweisen in der Fremd- und Selbstwahrnehmung der jeweiligen Spitzenfunktionäre heraus, der zur Bildung eines deutsch-deutschen „Beziehungsmusters“ führte.

Im Mittelpunkt der deutsch-deutschen Gewerkschaftsbewegung stand drittens der Wettbewerb um die „gesamtdeutsche Arbeitnehmerschaft“. Dieser ging mit gewerkschaftsinternen Debatten über Ziele und Mittel der Deutschland- und Sozialpolitik einher. Der sozialpolitische Wettbewerb zwischen West und Ost war dabei immer von der deutschen Frage überlagert, denn gerade die „Zeiten der schlimmsten Feindschaft ließen erkennen, daß hier eine Nation mit

⁴ Vgl. Christoph Kleßmann: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APuZ 29/30 (1993), S. 30-41; Christoph Kleßmann/ Martin Sabrow: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, in: APuZ 39 (1996), S. 3-14.

sich selbst kämpfte“⁵ wie Peter Bender in seiner „Geschichte des geteilten Deutschland“ treffend bemerkte. Ein Befund, der sich auch an der Geschichte der deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen zeigen lässt.

Wenn in diesem Beitrag vom Kalten Krieg gesprochen wird, dann ist die konfrontative Phase im Systemkonflikt zwischen liberaler Demokratie und kommunistischer Parteiherrschaft von 1949 bis 1962/63 gemeint, in der sich beide Lager in Lauerstellung gegenüberstanden und der „deutsche Sonderkonflikt“ wechselseitig auf das Denken und Handeln der deutschen Gewerkschaftsfunktionäre in Ost und West zurückwirkte. DGB und FDGB hielten in dieser Phase trotz ihrer Einbindung in die jeweiligen außen- und sicherheitspolitischen Strukturen der jeweiligen Großmächte an ihrem gesamtdeutschen Alleinvertretungsanspruch, für die Arbeitnehmerschaft in Ost und West zu sprechen, fest. Mit diesem Zeitraum steht ein Zeitabschnitt im Blickfeld, den die Sozialgeschichte als „aufregende“, aber zutiefst ambivalente Phase der „Modernisierung im Wiederaufbau“ begreift, die in der Bundesrepublik erst durch die „dynamischen Zeiten“ in der Gesellschaft und die Neue Ostpolitik in den internationalen Beziehungen der sechziger Jahre abgelöst wurde. Die sechziger Jahre kristallisieren sich in der Forschung immer stärker als ein „Scharnierjahrzehnt“ der Nachkriegsentwicklung heraus, in dem sich die Bundesrepublik und die Gewerkschaften auf dem Weg zur Selbstanerkennung befanden.⁶ Dieser Weg wurde in den „langen fünfziger Jahren“ (1950-1966/67) von einer Phase der anhaltenden wirtschaftlichen Prosperität begleitet, die erst am Ende der sechziger Jahre eine kleine Wachstumsdelle erhielt,⁷ und in der die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung sowohl organisatorisch als auch sozial- und tarifpolitisch ihr „goldenes Zeitalter“ erlebte. In den sechziger Jahren kam es gleichzeitig zu einer Neubestimmung der Deutschen Frage, da sich die gesellschaftlichen Entwicklungen in der DDR und in der Bundesrepublik zunehmend voneinander ab- und entkoppelten. In der DDR zog die staatlich gelenkte Außerkräftsetzung ökonomischer, sozialer und kultureller Prozesse durch

⁵ Vgl. Peter Bender: Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945-1990, Stuttgart 2007, S. 5.

⁶ Vgl. Klaus Schönhoven: Auf dem Weg zur Selbstanerkennung. Die Bundesrepublik in den sechziger Jahren, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, 22 (1999), S. 191-203.

⁷ Werner Abelshäuser bezeichnet mit den „langen fünfziger Jahren“ jene, in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Grundentwicklung eng zusammenhängenden anderthalb Jahrzehnte, vom Anfang der fünfziger Jahre bis zur Mitte der sechziger Jahre. Vgl. Werner Abelshäuser: Die Langen fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1966, Düsseldorf 1987, S. 15.

die SED eine „Entdifferenzierung“, „soziale Homogenisierung“ und „institutionelle Fusionierung“ nach sich, die zu einer eigenstaatlichen Entwicklungsdynamik führten,⁸ so dass aus einer gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte eine deutsch-deutsche „Kontrastgeschichte“ wurde.⁹

Blickt man auf die Zeitgeschichtsforschung, dann spielten die deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen nur eine verschwindend geringe Rolle. Dieses Forschungsdefizit ist angesichts der tragenden gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Rolle der Gewerkschaften im politischen System der Bundesrepublik und der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung der Stellung des FDGB im „ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ erstaunlich. Ungeachtet der Relevanz des Gegenstandes hat Gewerkschaftsgeschichte auch derzeit keine Hochkonjunktur.¹⁰

Die enge Verzahnung von nationaler und sozialer Frage für die Entwicklung der Gewerkschaften in Ost und West wurde von der Gewerkschaftsforschung bisher vernachlässigt, besser gesagt, sie wurde nicht gestellt. Das hat sowohl etwas mit ideologischer Voreingenommenheit, aber auch mit einer verständlichen Fokussierung auf die Kernkompetenz der Gewerkschaften im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu tun.

Zur Beleuchtung des Wandels der Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom konfrontativen Gegeneinander zum kooperativen Nebeneinander diskutiere ich im Folgenden zwei exemplarische Fälle des deutsch-deutschen Beziehungskonfliktes. Zum einen wird anhand der Entstehung zweier programmatischer Grundsatzdokumente – „Der Erklärung des DGB zur Wiedervereinigung“ und dem „Dokument Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse“ – die wechselseitige Verbundenheit durch normative Abgrenzung der beiden Verbände aufgezeigt. Zum anderen wird anhand der Neuen Ostpolitik des ÖTV-Vorsitzenden Heinz Klunker der innergewerkschaftliche Wandlungsprozess in Ost und West zu einer Politik der antagonistischen Kooperation nachgezeichnet. Abschließend werden zentrale Faktoren des Wandels bestimmt.

I.

⁸ Vgl. Siegrid Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt (Main) 1992, S. 41-59.

⁹ Vgl. Christoph Kleßmann: Spaltung und Verflechtung – Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945 bis 1990, in: Christoph Kleßmann/ Peter Lautzas (Hrsg.): Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte, Bonn 2005, S. 20-37.

¹⁰ Vgl. Klaus Tenfelde: Drohende Geschichtslosigkeit, in: Mitbestimmung 10/11 (2007), S. 52-55.

Der Ost-West-Konflikt, also der Antagonismus zwischen liberaler Demokratie und kommunistischer Parteiherrschaft, war der bestimmende ordnungspolitische Konflikt des 20. Jahrhunderts; nach Ende des Zweiten Weltkrieges verschmolz die deutsche Frage mit dem Ost-West-Konflikt, was der Politikwissenschaftler Richard Löwenthal als „konstitutiven Doppelkonflikt“ bezeichnete.¹¹ Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit zeigte sich, dass die tiefer liegende Konflikt- und Spaltungslinie zwischen der demokratischen und kommunistischen Gewerkschaftsbewegung ihre alte Trennkraft behalten hatte. Die Konzeption der Einheitsgewerkschaft war in Ost und West keinesfalls identisch, was der Aufbau der beiden Gewerkschaftsorganisationen in den jeweiligen Besatzungszonen in der unmittelbaren Nachkriegszeit zeigte. Auf den Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften in den Jahren von 1946-1948 zerbrach der Wille zur Gewerkschaftseinheit endgültig am ordnungspolitischen Gegensatz zwischen der demokratischen Gewerkschaftsbewegung in den Westzonen und der kommunistischen Gewerkschaftspolitik in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Spaltung des Landes in zwei deutsche Staaten entlang der Grenzen der westlichen und östlichen Besatzungszonen teilte gleichzeitig die deutsche Nation und ihre Hauptstadt. Dieser Erfahrungshorizont wurde konstitutiver Bestandteil gewerkschaftlichen Denkens und Handelns in den fünfziger und sechziger Jahren und erhielt durch die Gründung zweier deutscher Staaten und Gewerkschaftsverbände seine organisatorische Tiefe.

Nach der doppelten Blockbindung durch die Einbindung der deutschen Staaten in die jeweiligen Sicherheitsstrukturen der NATO und der Warschauer Vertragsstaaten 1955 wurden die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Gewerkschaftsverbänden durch die Gleichzeitigkeit einer Politik der normativen Abgrenzung und beidseitigen „Hoffnung auf Wiedervereinigung“ geprägt. Im DGB war die Diskussion um die Deutschlandpolitik des Dachverbandes eingebettet in eine grundsätzliche Debatte um die Neuausrichtung der Gewerkschaftspolitik nach dem verlorenen Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz 1952 und nach der Auseinandersetzung um die Ausweitung der Mitbestimmung. Idealtypisch konkurrierten Mitte der fünfziger Jahre innerhalb des Dachverbandes drei ideologische Strömungen um die Vorherrschaft im Dachverband. Diesen Denkströmungen lagen unterschiedliche Rollen- und Funktionsverständnisse von Gewerkschaften und deutschlandpolitische Leitlinien zugrunde, die getragen

¹¹ Richard Löwenthal: Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, Stuttgart 1974, S.1-9.

waren von einer produktiven Spannung zwischen der nationalen und der sozialen Frage.¹²

Eine Minderheit von radikal-reformerischen Gewerkschaftsfunktionären befürwortete eine deutsch-deutsche Annäherung auf der Grundlage des Status quo zur langfristigen Schaffung eines sozialistischen Gesamtdeutschlands. Sie hielten an der Idee der Einheit der Arbeiterbewegung als Lehre aus der nationalsozialistischen Diktaturerfahrung fest. Ausgehend von einer Höherrangigkeit der sozialen Frage über die nationale Frage verfolgten sie eine deutschlandpolitische Initiativstrategie zur Überwindung der Teilung des Landes durch eine gesamtdeutsche Kooperation der Arbeiter in Ost und West. An der Spitze dieser Strömung standen der damalige Chefideologe des DGB Viktor Agartz und sein wissenschaftlicher Mitarbeiter Theo Pirker. Sie erhielten zeitweise Rückhalt aus dem bayerischen Landesverband durch Ludwig Linsert und Max Wönner und konnten auf die Unterstützung einzelner Sympathisanten in den Reihen der Einzelgewerkschaften hoffen. Doch bereits Mitte der fünfziger Jahre wurde ihnen schrittweise der Boden für eine deutsch-deutsche Initiativpolitik entzogen.

Im Bundesvorstand dominierten Mitte der fünfziger Jahre Verfechter einer „neutralen Gewerkschaftspolitik“. Zu diesen gehörten vor allem Angehörige der „Gründergeneration“ aus dem Lager der Sozialdemokratie und ein Großteil der christlichen Gewerkschaftsfunktionäre im DGB.¹³ Viele dieser Funktionäre waren bereits im Kaiserreich Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung geworden, hatten am Durchbruch der Gewerkschaften zur Massenbewegung teilgehabt und waren während der Weimarer Republik im mittleren Funktionärskörper tätig gewesen.¹⁴

Ihre gewerkschaftspolitische Strategie orientierte sich am Prinzip der weltanschaulichen Toleranz und parteipolitischen Neutralität des DGB und seiner Gewerkschaften. Auch in der Deutschlandpolitik verfolgte diese Gruppe keine aktive oder autonome, auf die Gestaltung der Wiedervereinigung zielende Politik, sondern befürwortete eine Politik der „strategischen Anpassung“ an die Westpolitik der Bundesregierung. Sie praktizierten gegenüber den bundesdeutschen Kommunisten und

¹² Den programmatischen Zusammenhang von gesellschaftspolitischen Entwicklungen und außenpolitischen Bedingungen gewerkschaftlichen Engagements zeigten vor allem Julia Angster: *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003; und Helga Grebing in ihrem Beitrag: *Gewerkschaften. Bewegung oder Dienstleistungsorganisation*, in: Hans-O. Hemmer u.a. (Hrsg.): *Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute*, Köln 1990, S. 151-182.

¹³ Vgl. Angster: *Konsenskapitalismus*, 355-360.

¹⁴ Vgl. Kaiser: *Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949-1956*, S. XX.

dem FDGB ein defensives Konzept der „ordnungspolitischen Abgrenzung“ vom „totalitären Sowjetkommunismus“. Die Lösung der nationalen Frage erhofften sich diese Funktionäre durch eine enge Zusammenarbeit mit der Bundesregierung.¹⁵

Als dritte eigenständige gewerkschaftspolitische Strömung hatte sich nach dem Tod von Hans Böckler der „gewerkschaftliche Aktivismus“ herausgebildet, der zur Rückgewinnung gewerkschaftlicher Gestaltungsmacht eine Strategie der Aktivierung der Gewerkschaftspolitik auf dem Feld der Tarif- und Sozialpolitik verfolgte. Die Anhänger dieser Richtung zielten auf eine Ablösung der „alten Funktionärgeneration“ und eine Erhöhung des politischen Einflusses der Gewerkschaften durch eine Rückführung des Dachverbandes an die Seite der SPD. Ihrer politischen Herkunft nach stammten viele aus den ideologischen Splittergruppen der Weimarer Republik. Angesichts der persönlichen Erfahrung von Widerstand, Verfolgung und Exil entschieden sie sich nach 1945 bewusst für einen demokratischen Neuanfang innerhalb der SPD und der Gewerkschaftsbewegung. Sinnbildlich für die Herausbildung dieser Strömung stand der Aufstieg des Hannoveraner Gewerkschaftsfunktionärs Otto Brenner zum Vorsitzenden der IG Metall, der mitgliederstärksten Einzelgewerkschaft im DGB.¹⁶ In erster Linie strebten die Verfechter des gewerkschaftlichen Aktivismus eine Transformation der Gesellschaft unter sozialistischem Vorzeichen im Rahmen der gegebenen Verfassung an. Innerhalb des DGB und der Einzelgewerkschaften traten sie für eine harte antikommunistische Abgrenzungsstrategie als Lehre aus der nationalsozialistischen Diktaturerfahrung und als Antwort auf den Aufbau einer zweiten deutschen Diktatur in Ostdeutschland ein. In der Deutschlandpolitik verfolgten sie – ganz im Geiste eines Kurt Schumachers – ausgehend von der Gleichrangigkeit der nationalen und der sozialen Frage eine Offen-

¹⁵ Mitte der fünfziger Jahre hatte diese Richtung im Geschäftsführenden Bundesvorstand repräsentative Fürsprecher wie den Hannoveraner Albin Karl und den Bundesvorsitzenden Walter Freitag. Wissenschaftliche Unterstützung erhielt diese Gruppe durch den Gegenspieler von Viktor Agartz im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften, Bruno Gleitze, der bereits frühzeitig empirische Detailstudien über die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung in der SBZ/DDR vorlegte. Sie stellte innerhalb des DGB und im Funktionärskörper die Mehrheitsmeinung der sozialdemokratischen und christlichen Funktionäre dar.

¹⁶ Bildhaft beschrieb der Gewerkschaftsspezialist des Deutschen Industrieinstituts Günter Triesch das reformistische Programm von Brenner. Zutreffend sah er Brenner als einen Funktionär, der „zwar auch von der Neuordnung der Gesellschaft träumt, der aber in erster Linie hier und jetzt seine Aufgaben sieht. Diese Aufgaben geht er ungemein zielstrebig an, aber er lässt darüber nicht das Fernziel aus dem Auge und schätzt stets die realen Möglichkeiten ein. Brenner ist kein Revolutionär, der ein Haus einreißt, um ein neues zu bauen, sondern ein Mann, der ein Haus sorgfältig Stück um Stück umbaut, bis er sein neues Haus stehen hat.“ Vgl. Günter Triesch: Die Macht der Funktionäre. Macht und Verantwortung der Gewerkschaften, Düsseldorf 1956, S. 35.

sivstrategie zur Aktivierung der westdeutschen Wiedervereinigungsbestrebungen. Dabei zielten sie auf die Erhöhung der sozialpolitischen Magnetwirkung der Bundesrepublik durch eine aktive Lohn- und Tarifpolitik und versuchten, die innergewerkschaftliche Opposition im FDGB bei der Delegitimation des FDGB und seiner Spitzenfunktionäre zu unterstützen.¹⁷

Innerhalb des FDGB speiste sich die Hoffnung auf Wiedervereinigung Mitte der fünfziger Jahre aus den bundesdeutschen Protesten gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und aus der öffentlichen Präsenz radikal-reformerischer Gewerkschaftsfunktionäre im DGB. Der FDGB erwartete angesichts einer perzipierten Zuspitzung der sozialen Lage in der Bundesrepublik die Bildung einer spontanen, gesamtdeutschen Aktionseinheit „von unten“. Im FDGB konkurrierten keine ideologischen Leitbilder um die Deutungshoheit. Der Marxismus-Leninismus war die verbindliche Verbandsideologie, die sich aus der Idee der „Diktatur des Proletariats“ und der Gültigkeit des „wissenschaftlichen Sozialismus“ speiste. Im ideologischen Weltbild des Marxismus-Leninismus war die Arbeiterklasse die legitime Trägergruppe einer sozialistischen Ordnung und das tragende Kollektiv des Nationalbewusstseins in der DDR.

Im deutsch-deutschen Systemwettbewerb verstand sich die DDR als „Klassennation“ (M. Rainer Lepsius) mit grenzüberschreitender Ausstrahlungskraft,¹⁸ womit die „Arbeiter“ in der Bundesrepublik nicht nur als Bestandteil einer möglichen gesamtdeutschen „sozialistischen Nation“, sondern als „natürliche“ Klassenverbündete der DDR im Kampf gegen das globale Kapital in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit der Westarbeit des FDGB rückten.¹⁹ Aus dieser Per-

¹⁷ Vgl. Walter Dörrich/ Klaus Schönhoven: Die Industriegewerkschaft Metall in der frühen Bundesrepublik. Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Klaus Schönhoven und Hermann Weber, Bd. 10, Köln 1991, S. XLV; Angster: Konsenskapitalismus, S. 359.

¹⁸ Lepsius vernachlässigt dabei jedoch den Begriff der „Arbeiterklasse“ anhaftenden universalen und transnationalen Charakter. Vgl. M. Rainer Lepsius: Nation und Nationalismus in Deutschland, in: M. Rainer Lepsius: Interessen, Ideen, Institutionen, Opladen 1990, S.235.

¹⁹ Bei Marx war die Nation kein tägliches Plebiszit, da die innere Gliederung der Nation und die Beziehungen der Nationen untereinander vom Stand der Produktivkräfte abhängen. „In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben.“ Diese Argumentation wurde herangezogen, um hervorzuheben, die Kommunisten wollten das Vaterland und die Nationalität abschaffen. Für Marx und Engels war die Nation kein Bezugspunkt des politischen Wollens der Arbeiterklasse: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“ Insofern bestimmte der normative Gehalt der sozialen Frage den politischen Inhalt der nationalen Frage. Vgl. Karl Marx/ Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Stuttgart 1995, S. 40.

spektive wird auch die rhetorische Dominanz des nationalen Aspektes in der gesamtdeutschen Propaganda des FDGB verständlich.²⁰

II.

Der Neuordnungsdiskurs im DGB über ein wiedervereinigtes Gesamtdeutschland war stark von strukturellen Überlegungen getragen, die bereits den wirtschaftspolitischen Grundsätzen des Münchener Gründungskongresses 1949 zu Grunde lagen. Nun sollte durch sozialpolitische Erfolge in der Bundesrepublik und ein attraktives Wiedervereinigungsprogramm auch die Magnetwirkung auf die DDR erhöht werden, um die politischen Eliten in der DDR durch ein attraktives westdeutsches Konkurrenzmodell unter Druck zu setzen. Einen wichtigen Programmbaustein zur Steigerung der Ausstrahlungskraft des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaates stellte das Aktionsprogramm des DGB vom 1. Mai 1955 dar. Die Gewerkschaften fokussierten ihr ureigenes Arbeitsfeld, die Tarif- und Sozialpolitik. Seine deutschlandpolitische Wirkung erzielte das Aktionsprogramm des DGB jedoch erst in Kombination mit der „Erklärung des DGB zur Wiedervereinigung Deutschlands“ 1957.²¹ Die programmatische Verkoppelung einer sozialpolitischen Aktivierung der Gewerkschaftspolitik mit einer deutschlandpolitischen Konzeption des Dachverbandes gab den Gewerkschaftsmitgliedern und den Bundesbürgern die Hoffnung auf eine sozialpolitische Neuordnung und baldige Wiedervereinigung zurück. Zur Verklammerung der programmatischen Forderungen des Aktionsprogramms mit der deutschlandpolitischen Programmatik kam es auf dem 4. ordentlichen Bundeskongress des DGB vom 1. bis zum 6. Oktober 1956 in der Hansestadt Hamburg.²² Der Kongress verabschiedete ein „Manifest zur Wiedervereinigung“,²³ mit der klaren Auflage an den Bundesvorstand, alle „Gedanken zur Wiedervereinigung zusammenzustellen und in die breite Öffentlichkeit hineinzubringen.“²⁴

²⁰ Ausgehend vom universellen Charakter des Klassenbegriffs stellte die DDR zugleich ein gutes Beispiel für die Elastizität des Nationsbegriffs und seiner Manipulierbarkeit dar. Verallgemeinert betrachtet, ließ sich die „sozialistische Nation“ – je nach politischer Lage – optional in drei Formen denken: erstens als endgültiges globales Aufgehen der nationalen Partikularität in einer universellen Arbeiterklasse, zweitens als gesamtdeutsches Fernziel in den Grenzen des ehemaligen Deutschen Reiches und drittens als „klein- oder teildeutsche Lösung“ in den Grenzen des Hoheitsgebietes der sowjetischen Besatzungszone. Nur im ersten Fall war die nationale Frage in Deckungsgleichheit mit der sozialen Frage zu bringen. Vgl. Lepsius: Nation, S. 240ff.

²¹ Vgl. Helga Grebing (Hrsg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus, Katholische Soziallehre und Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000, S. 456.

²² Vgl. zum analytischen Wert des Generationenkonzeptes in der Arbeiterbewegung das Vorwort zum Sammelband von Klaus Schönhoven und Bernd Braun (Hrsg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 7ff.

²³ Vgl. Protokoll 4. Ordentlicher Bundeskongress 1956, S. 616.

²⁴ Ebd.

Unmittelbar nach dem Bundeskongress machte sich der DGB an die Arbeit. Das Wiedervereinigungsprogramm des DGB sollte mehr als ein „abstraktes Programm“ sein. Die Erklärung müsse ein „Mittel zur Beeinflussung der Entwicklung in der Bundesrepublik als auch in der sowjetischen Besatzungszone“ sein.²⁵ Nach knapp einjähriger Beratungsphase erteilte der Bundesausschuss des DGB gemäß der Empfehlung des Bundesvorstands der „Erklärung zur Wiedervereinigung Deutschlands“ einstimmig seine Zustimmung,²⁶ so dass sie am 25. April 1957 von Willi Richter im Hans-Böckler-Haus in der Düsseldorfer Stromgasse im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit präsentiert werden konnte und am 1. Mai 1957 im Mittelpunkt der Maifeierlichkeiten stand.²⁷

Die „Erklärung des DGB zur Wiedervereinigung Deutschlands“ war in unterschiedliche Abschnitte gegliedert. In einer Einführung definierte der DGB sein staats- und gesellschaftspolitisches Selbstverständnis und bekräftigte seinen Anspruch, als eine tragende Säule der bundesdeutschen Demokratie im Geiste der internationalen Solidarität zu agieren.²⁸

Im ersten der drei folgenden Teile der Erklärung begründete der DGB seine Forderung auf Wiederherstellung der deutschen Einheit und charakterisierte die der Verwirklichung der Einheit entgegenstehenden Kräftegruppen, insbesondere die Sowjetunion.²⁹

²⁵ Ebd.

²⁶ Der DGB gab sich bewusst staatstragend. Die Erklärung wurde dem Bundespräsidenten, dem Präsidenten und Abgeordneten des Bundestages, dem Präsidenten des Bundesrates, dem Bundeskanzler und den Mitgliedern der Bundesregierung, den Abgeordneten der Landtage, den Kirchen und weiteren Institutionen und Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens übersandt. Der Sonderdruck wurde dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Präsidenten des Europarates, dem Präsidenten der Hohen Behörde sowie den diplomatischen Vertretungen zugestellt. Auch der IBFG und zahlreichen Mitgliedsorganisationen des internationalen Dachverbandes wurde der Sonderdruck übersandt. Im Gegensatz zum Aktionsprogramm, das an alle Haushalte verschickt wurde, erschien die Erklärung des DGB zur Wiedervereinigung als Sonderdruck in einer Stückzahl von 5.000 neben 400.000 Exemplaren zur allgemeinen Verteilung. Vgl. Protokoll der 3. Sitzung des Bundesausschusses vom 24. April 1957, in: DGB-Archiv 5/DGAI00400.

²⁷ Der vollständige Abdruck der Erklärung des DGB zur Wiedervereinigung Deutschlands findet sich, in: Jens Hildebrandt: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1956-1963. Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Klaus Schönhoven und Hermann Weber, Bd. 12; Bonn 2005, S. 135-142.

²⁸ „Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die in ihm vereinten Gewerkschaften kämpfen für die Verwirklichung der Demokratie als Regierungs- und Lebensform und bekennen sich zur freiheitlichen, demokratischen und sozialen Grundordnung. Sie bekennen sich zu einer wirklichen und sozialen Demokratie der Freiheit, der Menschlichkeit und des Respekts vor der Menschenwürde. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die in ihm vereinten Gewerkschaften bekennen sich weiterhin zur Charta der Vereinten Nationen und zu den Internationalen Konventionen der Menschenrechte der Vereinten Nationen.“ Ebd.

²⁹ Die Sowjetunion habe dem „deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht streitig gemacht und die Durchführung freier demokratischer Wahlen zu einer gesamtdeutschen Volksvertretung nicht zugelassen.“ Ebd.

Im zweiten Teil präsentierte der DGB seine Grundsätze für die Neuordnung eines wiedervereinigten Deutschlands. In der Hoffnung auf einen neuen gesamtdeutschen Gesellschaftsvertrag forderte der DGB: „Die Deutschen in der Bundesrepublik und in Mitteldeutschland müssen daher gemeinsam eine Verfassung schaffen, die das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben nach freiheitlichen und demokratischen Lebensgesetzen neu ordnet und ihm einen sozialen Inhalt gibt. Die Verfassung des wiedervereinigten Deutschlands muß für alle Bürger gleiches Recht schaffen.“³⁰ Die wirtschaftspolitischen Grundsätze beinhalteten Forderungen, die bereits auf dem Münchener Gründungskongress des DGB aufgestellt worden waren,³¹ zu denen die Überführung der „Schlüsselindustrien“ in eine gemeinwirtschaftliche Ordnung gehörte. Die Neuordnung der Volkseigenen Betriebe in der DDR hatte unter Beachtung dieses Grundsatzes zu erfolgen.³² Nur im Bereich des Agrarsektors ging der DGB über bereits bekannte Forderungen hinaus: „Die durch die bereits vollzogene Bodenreform geschaffenen bäuerlichen Eigentumsverhältnisse werden anerkannt. Vordringlich ist die Sanierung der Betriebsgrößenstruktur mit dem Ziel, selbständige bäuerliche Vollerwerbsstellen mit ausreichender Ackerernährung zu schaffen.“³³ Der DGB begriff die Wiedervereinigung demnach als Chance, durch eine partielle Übernahme von vollzogenen Strukturbrüchen in der ostdeutschen Wirtschaftsverfassung eine gesamtdeutsche Neuordnung im Geiste der Münchener Grundsätze vorzunehmen. Der letzte Teil der Erklärung zur Wiedervereinigung betraf die eigene Handlungsautonomie der Gewerkschaften in der Deutschlandpolitik. Der DGB formulierte noch einmal explizit seinen gesamtdeutschen Alleinvertretungsanspruch und einen grundsätzlichen demokratischen Vorbehalt gegenüber dem FDGB. Im zweiten Absatz wurde die Kontinuität von den Münchener Grundsätzen des DGB (1949), über das Aktionsprogramm (1955) zur Erklärung zur Wiedervereinigung

³⁰ Ebd.

³¹ Die Münchener Grundsätze beinhalteten: 1. Eine Wirtschaftspolitik, die unter der Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigen Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlich wichtigen Bedarfs sichert. 2. Mitbestimmung organisierter Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung. 3. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigsten Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute. 4. Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhalts für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen.

³² Ebd.

³³ Ebd.

(1957) aufgezeigt, die alle als Grundlage „der politischen und sozialen Neuordnung Gesamtdeutschlands“ dienen sollten.

Zwar hatte sich der DGB mit diesem Programm ein eigenes Wiedervereinigungsprogramm gegeben, doch war damit auch die angestrebte eigenständige Wiedervereinigungspolitik möglich? Die Erklärung stellte ein gewerkschaftspolitisches Dokument dar, das der allgemeinen bundesdeutschen Hoffnung auf eine baldige Überwindung des deutsch-deutschen Provisoriums Ausdruck verlieh. Gleichzeitig schlug das Dokument eine Brücke von den nur schwerlich zurückgelassenen, umfassenden Neuordnungsplänen des Münchener Grundsatzzprogramms zur „pragmatischen Anpassung“ an die Soziale Marktwirtschaft.

Die Erklärung des DGB zur Wiedervereinigung wurde auch im FDGB mit Interesse aufgenommen. Mitte der fünfziger Jahre war die Deutschlandpolitik von SED und FDGB der unmittelbaren Nachkriegszeit gescheitert. Beide konnten die Integration der Bundesrepublik in die NATO nicht verhindern. Gleichzeitig führte die Verkündung der „Zwei-Staaten-Theorie“ durch den sowjetischen Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow im Juli 1955 zu einer Stabilisierung der DDR durch die Anerkennung ihrer langfristigen Existenz im Schatten der sowjetischen Vormacht. Zudem führte die Marginalisierung der radikal-reformerischen Gewerkschafter im DGB, das Verbot der KPD und die Verabschiedung des Manifest Wiedervereinigung im Jahr 1957 dazu, dass der FDGB nach einer eigenständigen programmatischen Antwort auf die Deutsche Frage suchte, um sich als legitime soziale und nationale Interessenvertretung der Arbeitnehmer in beiden Teilen Deutschlands zu präsentieren.³⁴

Bereits das Manifest Wiedervereinigung des DGB bot aus Sicht des FDGB einen Ansatz für die eigene programmatische Arbeit, denn es bestätigte erstmalig die deutschlandpolitische Linie von SED und FDGB, dass nicht die Großmächte, sondern vor allem die Deutschen selbst einen aktiven Beitrag zur Wiedervereinigung leisten müssten.³⁵

³⁴ Im Zuge der doppelten Staatsgründung versuchte sich der FDGB auch an einer begrifflichen Neufassung der „Aktionseinheit“. Im Grußtelegramm des FDGB an die Delegierten des DGB-Bundeskongresses hieß es: „Der FDGB versteht unter Aktionsgemeinschaft [Hervorhebung J.H.], dass beide deutschen Gewerkschaftsorganisationen in den Fragen gemeinsam auftreten und gemeinsam kämpfen, bei denen gemeinsame Interessen und Auffassungen vorliegen. Nichts würde sich dabei an der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der zusammenarbeitenden Arbeiterorganisationen ändern, denn Aktionsgemeinschaft schließt ein gegenseitiges Bevormunden, Einmischen und Ausnutzen aus.“ Vgl. Dokumentation. Das Wirken des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes für Verständigung und Zusammenarbeit der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften von 1948 bis 1968, in: SAPMO-BA, DY 34/18098.

Der FDGB erkannte aber auch die offensive deutschlandpolitische Komponente des DGB-Manifests, denn gerade die IG Metall habe versucht, „die Arbeiter in der DDR zu beeinflussen“ und ziele darauf ab,³⁶ „mit dem Manifest in der DDR auszustrahlen, um den FDGB und seine Organe aufzuweichen.“³⁷ Insgesamt schätzte der FDGB zwar die Klassenkampfrhetorik des ersten Vorsitzenden der IG Metall Otto Brenner,³⁸ sah in ihm jedoch den härtesten Gegner des FDGB im DGB. Angesichts der im Manifest Wiedervereinigung deutlich gewordenen „offensiven“, auf die Unterminierung der DDR zielenden deutschlandpolitischen Strategie des DGB fühlte sich der FDGB gezwungen, einen eigenen Gegenentwurf zur Frage der Wiedervereinigung zu entwickeln. Gleichzeitig verstand der FDGB die deutschlandpolitische Aktivität des Manifest Wiedervereinigung als Versuch der westdeutschen Gewerkschafter, den Einfluss der ostdeutschen „Wiedervereinigungs- und Verständigungspolitik“ abzuschirmen.³⁹

Das Sekretariat des Bundesvorstands des FDGB beauftragte das Büro für Gewerkschaftseinheit mit der Ausarbeitung des Dokumentes „Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse“, das die „Erklärung des DGB zur Wiedervereinigung“ in ihrer Bedeutung „schmätern“ sollte, wie es der zuständige Sekretär für die gesamtdeutsche Arbeit Rudolf Kirchner ausdrückte.⁴⁰

Der mit der Aufgabe betraute Gewerkschaftssekretär Rudolf Kirchner repräsentierte innerhalb des FDGB eine Generation von Funktionären, die spätestens nach dem Arbeiteraufstand 1953 innerhalb des Verbandes in Erscheinung trat. Diese jungen Gewerkschaftsfunktionäre der „HJ-Generation“ bzw. der „Aufbaugeneration“ der Jahrgänge 1920 bis 1929 erhielten durch die „Gründergeneration“, der zwischen 1880 und 1920 geborenen kommunistischen Parteifunktionäre, zahlreiche Aufstiegsmöglichkeiten, ein klares ideologisches Leitbild und ein hierarchisches Regelwerk. Wichtig war nur, dass führenden Funktionären

³⁵ Vgl. zur Einschätzung der Ergebnisse des IV. DGB-Bundeskongresses in Hamburg vom 1. bis 6. Oktober 1956 den Beschluss des Präsidiums vom 18. Oktober 1956, in: SAPMO-BA, DY 34/26040.

³⁶ Vgl. Information über den Verlauf des 4. DGB-Kongresses, in: SAPMO-BA, DY 34/26040.

³⁷ Der FDGB fertigte eine recht präzise Einschätzung des Verlaufs des 4. DGB-Kongresses an. Er identifizierte Brenner, Hansen, Beermann als eigenständige Gruppe im DGB. Den Mitgliedern des „Zehnerkreises“ stand aus Sicht des FDGB eine Gruppe um Kummernuss, Gefeller, Seeger und Nätcher gegenüber, die noch um eine Gruppe von „Adenauer und den christlich-sozialen Kreisen“ ergänzt wurde. Vgl. Information über den Verlauf des 4. DGB-Kongresses, in: SAPMO-BA, DY 34/26040.

³⁸ Ebd.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Vgl. zur Bedeutung des Dokumentes „Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse“ die kursorischen Ausführungen von Rudolf Kirchner, zur gesamtdeutschen Arbeit des FDGB 1957 die Sekretariatsvorlage; Betr. Einschätzung zur gesamtdeutschen Arbeit des FDGB und Schlussfolgerungen zu ihrer Verbesserungen vom 19. März 1958, in: SAPMO-BA DY34/24475.

gefolgt und uneingeschränkte Systemloyalität gewahrt wurde.⁴¹ Im Gegensatz zur „Aufbaugeneration“ war für die „Gründergeneration“ des FDGB die Spaltungs- und Konfliktgeschichte der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik konstitutiver Bestandteil ihres Erfahrungshintergrundes. Angesichts ihrer politischen Sozialisation war es ihnen möglich, die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung in der DDR als „Erfolgsgeschichte“ zu begreifen.

Ein biographisches Beispiel: Der zur Aufbaugeneration gehörende Rudolf Kirchner war 1919 in Hirschberg im ehemaligen Schlesien geboren worden. Er entstammte einem sozialdemokratischen Arbeitermilieu. In der NS-Zeit hatte er eine Lehre zum Schriftsetzer gemacht. Er hatte keine „antifaschistische“ Prägung erhalten. In seinem Lebenslauf kaschierte er dies mit den Worten: „Das Klassengehörigkeitsgefühl, das ich besaß, war mehr instinktiv. Aufgrund meiner Jugend und der ungenügenden theoretischen Schulung bin ich daher auch in keine illegale Arbeit einbezogen worden.“⁴² 1939 wurde er einem Luftwaffenjäger-Regiment zugeordnet. Am 6. März 1945 geriet er in sowjetische Gefangenschaft. In diesem Moment begann seine politische Karriere in der kommunistischen Bewegung. Seine Entscheidung für den Kommunismus hatte Rudolf Kirchner nach eigenen Angaben in der sowjetischen Gefangenschaft gefällt, so schrieb er mit etwas Parteilichkeit: „Ich muss feststellen, dass ich erst durch die große Hilfe der Genossen der Sowjet-Union während meiner Kriegsgefangenschaft mir umfangreiches theoretisches Wissen aneignen konnte und ein festes Klassenbewusstsein erhielt. [...] Ich betrachte es in meiner gegenwärtigen Arbeit als meine höchste Aufgabe die großen Erfahrungen, die ich in der Sowjet-Union sammelte, der deutschen Arbeiterklasse restlos zur Verfügung zu stellen.“⁴³

Sein Aufstieg innerhalb von Partei und Gewerkschaft war rasant. 1950 war er bereits Kandidat des ZK der SED und Mitglied des Bundesvorstands des FDGB und seines Präsidiums geworden. 1951 wurde er

⁴¹ Die Kohorteneinteilung geht auf Hartmut Zwahr zurück. Vergleichbare Einordnungen finden sich bei Lutz Niethammer und anderen Autoren. Vgl. Hartmut Zwahr: Umbruch durch Ausbruch und Aufbruch. Die DDR auf dem Höhepunkt der Systemkrise 1989, in: Hartmut Kaelble/ Jürgen Kocka/ Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 449; Lutz Niethammer: Volkspartei neuen Typs? Sozialbiographische Voraussetzungen der SED in den Industrieprovinzen, in: Prokla 20 (1990), S. 63. Zur Typologisierung der Generationen vgl. auch Lutz Niethammer: Das Volk der DDR und die Revolution. Versuch einer historischen Wahrnehmung der laufenden Ereignisse, in: Charles Schüddekopf (Hrsg.): „Wir sind das Volk!“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek 1990, S. 251-279; Bernd Lindner: Die Generation der Unberatenen. Zur Generationenfolge in der DDR und ihren strukturellen Konsequenzen für die Nachkriegszeit, in: Annegret Schüle u.a. (Hrsg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig 2006, S. 93-112.

⁴² Vgl. Lebenslauf von Rudolf Kirchner vom 12. April 1950, in: in: SAPMO-BA DY 30/IV/2/11/3068.

⁴³ Ebd.

Mitglied der Volkskammer.⁴⁴ Sein persönlicher Werdegang, sein beruflicher Erfolg und sein verbandsinterner Aufstieg waren von Anfang an mit der Existenz der DDR verbunden. Im Gegensatz zu altgedienten Gewerkschaftsfunktionären, die ihre Legitimität auch aus der Zeit des Widerstands zogen, war Rudolf Kirchners Autorität der Ausstrahlung des großen sowjetischen Bruders entliehen.

Kirchner war mit der Ausarbeitung des ersten Entwurfs des Dokuments „Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse“ betraut. Aus Sicht des FDGB hatte es die instrumentelle Funktion, zu einem programmatischen Eckpfeiler im direkten ideologischen Wettstreit mit dem DGB zu werden. Im Gegensatz zur „Erklärung zur Wiedervereinigung des DGB“ sollte das FDGB-Dokument eine gesellschaftliche und gesamtdeutsche Massenbasis schaffen, eine breitenwirksame Euphorie auslösen und eine politisch bedeutsame Aufbruchstimmung erzeugen, weil der DGB sein Dokument nicht mit den Arbeitern, sondern mit dem Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen abgestimmt habe.⁴⁵ Um dem Papier einen gesamtdeutschen Anstrich zu geben, hieß es wenig später in einer Präsidiumsvorlage des FDGB, es sei „von DGB- und FDGB-Funktionären aus den Betrieben“ gemeinsam ausgearbeitet worden.⁴⁶ Trotz dieser propagandistischen Selbstvergewisserung war das Wiedervereinigungsdokument des FDGB in erster Linie das Produkt führender Gewerkschaftsfunktionäre des Büros für Gewerkschaftseinheit und des ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, der sich einmal mehr als deutschlandpolitischer Dirigent in der Westpolitik des FDGB zeigte.

Der erste Programmentwurf zum Dokument „Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse“ wurde dem Sekretariat des FDGB am 19. November 1956 vorgelegt und beinhaltete eine umfassende programmatische Selbstverortung des FDGB im politischen System. Seine Verfasser arbeiteten sich darin spiegelbildlich an den Grundsätzen des Manifests Wiedervereinigung des DGB ab. Er gliederte den Text anhand dreier Leitfragen: 1. „Was wollten nach 1945 die deutschen Arbeiter und ihre Organisationen?“ 2. „Was ist notwendig, um in ganz Deutschland eine wirkliche soziale Demokratie, eine demokratische Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen?“ 3. „Wel-

⁴⁴ Vgl. die Biographische Skizze von Rudolf Kirchner, in: SAPMO-BA DY34/26206.

⁴⁵ Warnke lies eine seiner Reden an den Wortlaut der Erklärung zur Wiedervereinigung des DGB anpassen. „Nach dem Inhalt dieser Seiten zu urteilen, wird an der Linie des DGB-Dokumentes – wie es uns schon bekannt wurde – kaum noch etwas geändert. Da ihr meine Berliner Rede vorbereitet, muss also in dieser Rede schon entsprechend geantwortet werden.“ Vgl. Herbert Warnke an Rudolf Kirchner vom 5. April 1957, in: SAPMO-BA DY 34/23790.

⁴⁶ Vgl. die Präsidiumsvorlage vom 12. März 1957, in: SAPMO-BA DY 34/26051.

chen Weg muss die deutsche Arbeiterklasse und ihre Organisationen beschreiten, damit Deutschland in Frieden, Freiheit und Demokratie wiedervereinigt werden kann?“⁴⁷

In seinen Antworten nahm der FDGB zu den Überlegungen des DGB im Manifest Wiedervereinigung Stellung.⁴⁸ Der FDGB definierte sein eigenes antifaschistisches Selbstverständnis in erster Linie durch eine deutliche Abgrenzung vom DGB. Nicht die richtungsgewerkschaftliche Zersplitterung wurde als Ursache für den Aufstieg des Nationalsozialismus ausgemacht, sondern die systemimmanenten Krisenerscheinungen des „Kapitalismus“.

Im zweiten Abschnitt entwickelte der FDGB zur „neuen Gesellschaftsordnung“ zehn gesellschafts- und ordnungspolitische Thesen: Insbesondere die zehnte These machte deutlich, dass das endgültige Wiedervereinigungsziel des FDGB nicht nur in einem Strukturbruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bestand, sondern auf eine „Diktatur des Proletariats“ im Sinne des Marxismus-Leninismus abzielte.⁴⁹ Im Mittelpunkt der in drei Thesen zusammengefassten Handlungsanleitung zur Realisierung der Wiedervereinigung stand im dritten Abschnitt das „Zusammenwirken der Arbeiterorganisationen“ in Ost und West (1). Wesentlich deutlicher als in den offiziellen Verlautbarungen des FDGB wurde die deutsche Zweistaatlichkeit betont. Der Austausch von Studiendelegationen diene nun nicht mehr der politischen Beeinflussung der Funktionäre des DGB, sondern solle einzig

⁴⁷ Vgl. die Anlage zum Beschluss des Sekretariats vom 19. November 1956 Nr. 757/56, in: SAPMO-BA DY 34/24399.

⁴⁸ Zur ersten Frage wurden thesenartig sieben Antworten formuliert: Nach der „Niederschlagung des Faschismus“ müssen seine „wirtschaftlichen und politischen Ursachen“ beseitigt werden (1), damit eine „neue Gesellschaftsordnung“ entstehen könne (2). Die programmatischen Grundlagen für diesen umfassenden gesellschaftlichen Wandel seien bereits auf der „2. und 4. Interzonenkonferenz“ gelegt worden (3). Gemäß des Münchener Grundsatzprogramms des DGB haben zuerst die Schlüsselindustrien sozialisiert werden müssen (4), was jedoch nur in einem Teil Deutschlands, nämlich der DDR, realisiert worden sei (5). Indessen habe man in der Bundesrepublik „gegen den Willen des Volkes die Wehrpflicht eingeführt und die Aufrüstung begonnen“ (6). Deshalb dürfe sich der DGB angesichts der Wiederaufrüstung nicht auf die Proklamation einer „Wiedervereinigung in Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit“ beschränken, sondern müsse zur Erreichung dieses Ziels „alle zu Gebote stehenden Mittel“ einsetzen (7). Vgl. Sekretariatsvorlage Betr. Entwurf zum Dokument „Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse“ vom 15.11.1956, in: SAPMO-BA DY 34/24400.

⁴⁹ (1) In der Bundesrepublik bedeute der Frieden nach innen und außen die Rückgängigmachung der Wehrpflicht. (2) Zur Realisierung der Wiedervereinigung müssen gesamtdeutsche Wahlen stattfinden, was jedoch angesichts der Macht des „Großkapitals“ in der Bundesrepublik „unmöglich geworden“ sei (3). „Freiheitliche und demokratische Grundsätze dürften nicht nur in der Verfassung stehen, sondern müssen im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben zum Ausdruck kommen.“ (4) Weitere Themen waren die friedliche Nutzung der Kernenergie (5), die Renten- und Sozialreform (6), die Bodenreform in der Bundesrepublik (7), die uneingeschränkte Partizipation an Bildung (8), und die strafrechtliche und polizeiliche Verfolgung von ostdeutschen Gewerkschaftsfunktionären (9). Abschließend forderte der FDGB nicht nur die Durchsetzung „völliger Mitbestimmung“ in der Bundesrepublik, wie sie angeblich in der DDR verwirklicht worden sei, sondern auch eine „direkte gewerkschaftliche Einflussnahme auf die Ausarbeitung und Verabschiedung von Gesetzen“ (10). Ebd.

und allein den Erfahrungs- und Informationsaustausch befördern (2). Mit einem unverhohlenen Appell an den DGB hieß es abschließend: „Jetzt, wo es in ganz Deutschland um Frieden nach innen und außen geht, hängt alles davon ab, dass die deutsche Arbeiterklasse und alle ihre Organisationen die Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung beherzigen“ (3).⁵⁰

In diesem Entwurf des Dokuments arbeitete man sich an den Thesen des DGB ab, betonte die teilstaatliche Handlungsorientierung, ohne jedoch einen eigenständigen Vorschlag für die Wiedervereinigung zu unterbreiten.

Bereits am 29. Dezember 1956 wurde das Dokument von Paul Verner, dem Leiter der Westabteilung des ZK der SED, im Politbüro des ZK der SED vorgelegt und von Walter Ulbricht am 30. Januar 1957 auf dem 30. Plenum des ZK der SED vorgestellt.⁵¹ Die Sekretariatsvorlage wurde unter Hinzuziehung des Konföderationsvorschlages Walter Ulbrichts zur Lösung der deutschen Frage überarbeitet und nach einer sprachlichen Neufassung des Entwurfs durch den Schriftsteller Willi Bredel am 21. Februar 1957 nach einer Aussprache zwischen Walter Ulbricht und Rudolf Kirchner fertiggestellt.⁵²

An die Öffentlichkeit trat der FDGB mit dem Dokument zwei Monate vor der Veröffentlichung der „Erklärung zur Wiedervereinigung“ des DGB am 1. Mai 1957, auf der „5. Gesamtdeutschen Konferenz der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre“ am 9. März 1957 in Leipzig.⁵³ Um dem Dokument den Charakter einer gesamtdeutschen Initiative und eine Basislegitimation zu geben, wurde es auf einer sogenannten Gesamtdeutschen Konferenz durch den Sprecher des „Ständigen Ausschusses der Arbeiterkonferenzen“ als Produkt einer mehrere Arbeitssitzungen umfassenden Ausarbeitung der zuständigen Arbeitsgruppe vorgelegt.⁵⁴ Rudolf Kirchner erteilte dem Dokument im Namen des FDGB seine Zustimmung, ohne auf seine redaktionelle Mit-

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Otto Grotewohl richtete das Dokument noch einmal in seiner Regierungserklärung vom 26. Juli 1957 direkt an die Adresse der Bonner Regierung. Vgl. Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S.29f.

⁵² Willi Bredel war ein in Hamburg geborener Schriftsteller und Mitglied der KPD, der in seiner Haftzeit in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit zahlreiche Romane schrieb, von denen „Die Prüfung“ internationale Beachtung erfuhr. Nach 1945 wurde er Chefredakteur der Literaturzeitschrift „Heute und Morgen“. Vgl. zur Überarbeitung des Entwurfs „Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse“ die Sekretariatsvorlage betr. Weg und Ziel vom 21. Februar 1957, in: SAPMO-BA DY 34/24415.

⁵³ Vgl. Weg und Ziel der Arbeiterklasse, in: Tribüne vom 11. März 1957, S. 1 und 3; Die XIX. „Deutsche Arbeiterkonferenz“. Berichte zu Gewerkschaftsfragen 8 (1965), S. 23.

⁵⁴ Vgl. Friedliche Wiedervereinigung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, in: Tribüne vom 11. März 1957, S. 4.

arbeit und die inhaltlichen Korrekturen durch Walter Ulbricht hinzuweisen,⁵⁵ war doch das deutschlandpolitische Manifest des FDGB an entscheidenden Stellen modifiziert, korrigiert und umgestellt worden, so dass es den Charakter einer Grundsatzerklärung verloren hatte und an den tagespolitischen Erfordernissen der Partei ausgerichtet worden war.

Inhaltlich war das umgearbeitete Dokument wieder in drei Teile gegliedert.⁵⁶ Im Gegensatz zum Entwurf des Sekretariates stand in der Präambel des Dokuments nun die europäische Friedenssicherung, da der Friede durch den „deutschen Imperialismus“ in Gestalt der Bundeswehr gefährdet sei, was mit einer „verschärften Ausbeutung der Arbeiter und einer weiteren Einschränkung der demokratischen Rechte“ in der Bundesrepublik einherginge. Im zweiten Abschnitt des Dokuments griff der FDGB auf die klassische Argumentationsfigur der „Aktionseinheit“ gegen das „Großkapital“ und den „Militarismus“ in der Bundesrepublik zurück. Anders als in den Thesen der Sekretariatsvorlage wurden nun der Systemgegensatz und die zerstörende Kraft des „Monopolkapitals in der Bundesrepublik“ beschworen, die eine Umsetzung der sozialpolitischen Forderungen des Aktionsprogramms des DGB verhindern. Der dritte Abschnitt des Dokuments „Weg und Ziel“ beinhaltete im Gegensatz zur Sekretariatsvorlage elf Punkte, um konkretere, „reale Voraussetzungen“ für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen: Neben friedenspolitischen Forderungen wünschte der FDGB eine Säuberung der bundesdeutschen Verwaltung von Altnazis und einen Bruch mit der kapitalistischen Grundordnung in der Bundesrepublik.⁵⁷ Selbst diese Maßnahmen würden erst „neue Möglichkeiten“ (sic!) für die Aufnahme von Kontakten und Verhand-

⁵⁵ Vgl. Die Zustimmung des FDGB, in: Tribüne vom 11. März 1957, S. 4.

⁵⁶ Das Dokument beinhaltete wie der Konföderationsvorschlag der SED, den der Ministerpräsident der DDR Otto Grotewohl in seiner Regierungserklärung am 12. August 1945 präsentiert hatte, eine Mischung aus diskussionswürdigen Angeboten und unannehmbaren Forderungen. Vgl. Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 268.

⁵⁷ Die Bundesrepublik müsse aus der NATO austreten (1) und die Wehrpflicht abschaffen (2). Beide deutsche Staaten haben eine Begrenzung ihrer Streitkräfte vorzunehmen (3). Die Bundesrepublik solle führende „Militaristen und Nazi-Funktionäre“ aus Staat und Wirtschaft entfernen (4). Im Weiteren werde dann ein kollektives Sicherheitssystem unter Teilnahme beider deutscher Staaten geschaffen (5), eine Zone verminderter Rüstung aufgebaut und der Abzug aller Besatzungszonen eingeleitet (6), die ausländischen militärischen Stützpunkte beseitigt (7) und die Macht der Monopole und Großgrundbesitzer gebrochen werden (8). Neben diesen sicherheitspolitischen Forderungen sollten in der Bundesrepublik das Betriebsverfassungsgesetz aufgehoben und die „vollständigen Rechte“ der Arbeitnehmer hergestellt (9), die Vorrechte der Großgrundbesitzer beseitigt (10) und eine Volksabstimmung über die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, eine „demokratische Bodenreform“ und eine „demokratische Schulreform“ (11) durchgeführt werden.

lungen zwischen beiden deutschen Regierungen vorbereiten.⁵⁸ Gleichzeitig gab das Dokument aber auch den Weg zur Realisierung der Wiedervereinigung und das Ziel einer gesamtdeutschen Staatlichkeit der deutschen „Arbeiterklasse“ vor: „Die Deutsche Demokratische Republik hat der ganzen deutschen Arbeiterklasse den Weg und die Perspektive zum Sozialismus eröffnet. In ihr besitzt die deutsche Arbeiterklasse ihre größte Errungenschaft und das Kraftzentrum für ihren nationalen und sozialen Kampf.“⁵⁹

Diese in Leipzig präsentierte Wiedervereinigungsvision Walter Ulbrichts umfasste nichts anderes als den Versuch, die „klassenlose Gesellschaft“ in der Bundesrepublik nach dem Vorbild der DDR zu realisieren. Ohne eine proletarische Revolution in der Bundesrepublik war die Wiedervereinigung nicht zu machen. Die nationale Frage blieb eine „Klassenfrage“. Die im FDGB-Dokument genannten „realen Voraussetzungen“ einer Wiedervereinigung konterkarierten wie die im Konföderationsvorschlag formulierten Forderungen der SED an die Bundesregierung jede Möglichkeit der langfristigen Annäherung der beiden deutschen Staaten auf dem Weg des Kompromisses und des gegenseitigen Ausgleiches.

III.

Die programmatischen Forderungen von DGB und FDGB sollten sich nicht realisieren lassen. Nachdem der Kalte Krieg 1958 in Berlin erneut aufgeflammt war, hatte die Blockbildung in Ost und West scharfe Konturen bekommen. Das ging mit einer verstärkten West- und Ost-Integration der beiden Gewerkschaftsverbände und ihrer Staaten einher. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB waren in dieser Phase von einer zunehmenden Konfrontation und einer Politik der wechselseitigen Destabilisierungsversuche geprägt. Die beiden Arbeitnehmerorganisationen konnten ihren gesamtdeutschen Alleinvertretungsanspruch immer schwerer realisieren – verstanden sich aber immer noch als Repräsentanten einer gesamtdeutschen Arbeiterschaft. In dieser Phase wollte der FDGB den DGB auf der Ebene des sozialpolitischen Wettbewerbs „Einholen und Überholen“, um auf dem Feld der Gewerkschaftspolitik die Überlegenheit des Kommunismus zu beweisen. Doch die schrittweise Überdehnung der wirtschaftlichen Ressourcen im sozialpolitischen Wettbewerb mit der Bundesrepublik und dem

⁵⁸ Eine „Körperschaft“ mit gesamtdeutschen Charakter, paritätisch zusammengesetzt, hatte die Aufgabe diese Verhandlungen zu steuern. Abschließend appellierte der FDGB an die bundesdeutschen Arbeitnehmer: „Jeder Arbeiter muß wissen, was für ein wiedervereinigtes Deutschland er will und welche Perspektiven er wählt.“ Vgl. Weg und Ziel der der Arbeiterklasse, in: Tribüne vom 11. März 1957, S. 3.

⁵⁹ Ebd.

DGB führten im Bundesvorstand des FDGB dann auch zu ersten kritischen Diskussionen über die wirtschafts- und sozialpolitische Rolle des ostdeutschen Dachverbandes und zu einer Überprüfung der Leistungsfähigkeit der Westarbeit des FDGB. Doch alle Reformversuche der Gewerkschaftsführung endeten im Mauerbau am 13. August 1961. Erst im Schatten der Mauer und der Kuba- und Berlin-Krise der Jahre 1962/63 kam es in den beiden Dachverbänden zu innergewerkschaftlichen Debatten über die Zukunft der deutsch-deutschen Beziehungen und über das Scheitern der eigenen Deutschlandpolitik der fünfziger Jahre. Nun wurden zentrale Prämissen der Deutschlandpolitik des DGB anhand neuer Themenfelder – die deutsche Schuld und Verantwortung für die NS-Vergangenheit, der instrumentelle Charakter des Antikommunismus und die Notwendigkeit der Entspannung – offen diskutiert.

Der FDGB rechtfertigte den Mauerbau mit der angeblich aggressiven Politik der Bundesregierung in Bonn und führte eine gezielte Propagandakampagne gegen den als „Kriegshetzer“ diffamierten DGB. Er nahm einen taktischen Wandel seiner Westpolitik, angepasst an die veränderten deutschlandpolitischen Rahmenbedingungen, vor und strukturierte seinen Westapparat neu. Durch die gezielte Übernahme von Programmpunkten der IG Metall, die der FDGB als die „linke“ Position im DGB identifizierte, kam es zu einer Reaktivierung seiner operativen Westarbeit in der Bundesrepublik.

Ungeachtet dieser politischen Neubewertung der Ostpolitik und der strategischen und taktischen Neuausrichtung der beiden Verbände kam es nach einer Phase der Gärung zuerst auf der internationalen Ebene zu einer Intensivierung der Ost-West-Kontakte. Zum eigentlichen Paradigmenwechsel in der Ostpolitik des DGB kam es durch den Vorsitzenden der ÖTV Heinz Klunker. Der DGB hatte sich nach dem Mauerbau auf eine Strategie der „kleinen Schritte“ in seiner Ostpolitik festgelegt und im Oktober 1964 grünes Licht für die Aufnahme von Kontakten zu den Staaten Osteuropas unter Auslassung des FDGB gegeben. Auf der Grundlage der bestehenden Beschlüsse des DGB baute Heinz Klunker Schritt für Schritt die Ostkontakte der ÖTV aus. Klunker war 1964 Vorsitzender der zweitgrößten Einzelgewerkschaft im DGB und mit 39 Jahren das jüngste Mitglied des Bundesvorstands geworden.⁶⁰ Sein Aufstieg signalisierte den langsamen Generationswechsel im Dachverband. Bis dato hatte noch die zwischen 1905 und

⁶⁰ Vgl. Walther Müller-Jentsch/ Peter Ittermann: Industrielle Beziehungen. Daten, Zeitreihen, Trends 1950-1999, Frankfurt/ New York 2000, S. 107.

1915 geborene „Weimarer Generation“ von Gewerkschaftsfunktionären um Otto Brenner die Politik bestimmt. Nun rückte die 45er-Generation in die Vorstandsposten auf. Krieg und Desertion hatten Kluncker geprägt, nicht jedoch eigene negative Erlebnisse mit kommunistischer Gewerkschaftsarbeit oder die Erfahrung von Flucht aus oder Verfolgung in der DDR. Insofern ging Kluncker mit einer gewissen Unvoreingenommenheit an die gewerkschaftlichen Ostkontakte und arbeitete an der Entspannung.⁶¹

Die „Gewerkschaftsdiplomatie“ mit dem Osten bot dem neuen Vorsitzenden ein eigenständiges Politikfeld, um die ÖTV als einflussreiche Einzelgewerkschaft im DGB in der Öffentlichkeit zu positionieren. Am 4. März 1965 übernahm er auf der 25. Sitzung des Bundesvorstands die Initiative in der Ostpolitik des DGB und berichtete den Vorstandsmitgliedern über eine Einladung seines Verbandes durch den Zentralvorstand der Gewerkschaft für Gesundheitswesen der ČSSR zum „IV. Weltkongreß der internationalen medizinischen Gesellschaft für das Studium der Lebensbedingungen und der Gesundheit“. Nach „lebhafter Diskussion“, wie es im Protokoll hieß, habe sich der Bundesvorstand mit der Annahme der Einladung einverstanden erklärt.⁶²

Im Mittelpunkt der Veranstaltung in Karlsbad standen aber nicht die Fachtagung zu den Themen „Volksgesundheit“ und „Gesundheit und Lebensbedingungen der entwurzelten Arbeiter und deren Familien“, sondern die persönlichen Verhandlungen, die er mit Gewerkschaftsvertretern aus Polen, der ČSSR und der Sowjetunion führte.⁶³ Kluncker vereinbarte in diesen Gesprächen den Besuch von Studientelegationen, den Austausch von Informationen über Fachtagungen der Gewerkschaft mit beruflichem Inhalt und die Übersendung von Presseerzeugnissen und gewerkschaftlichem Informationsmaterial.⁶⁴

⁶¹ Vgl. Hans-Otto Hemmer: Flankierende Maßnahmen. Gewerkschaftliche Ostpolitik zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, in: Christian Jansen/ Lutz Niethammer/ Bernd Weisbrod (Hrsg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995, S. 179.

⁶² Vgl. Wolther von Kieseritzky: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1963 bis 1969. Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Klaus Schönhoven und Hermann Weber, Bd. 13, Bonn 2006, S. 177.

⁶³ Im Oktober 1965 fasste Kluncker in der Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ noch einmal die Ziele seiner Ostpolitik zusammen: „Wir wissen sehr wohl, daß zwischen uns und den Gewerkschaften in Osteuropa Strukturunterschiede bestehen und divergierende politische Auffassungen vorhanden sind. Dennoch halten wir Kontakte und menschliche Begegnungen für wertvoll: Auch hier gilt der Grundsatz: Kleine Schritte sind besser als gar keine Schritte. Die Atmosphäre und die Ergebnisse der Karlsbader Gespräche geben zu berechtigter Hoffnung Anlaß.“ Vgl. Heinz Kluncker: Hintergründe einer Reise, in: Die Quelle 10 (1965), S. 439.

⁶⁴ Vgl. Kieseritzky: Quellen 13, S. 217-221.

Geschick hatte er es zudem verstanden, den Besuch der ČSSR und den Wandel der Kontaktpraxis der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung in Szene zu setzen, denn er war von einem Fernsehteam des Südwestdeutschen Rundfunks und einem Redakteur des „Spiegel“ begleitet worden. Der Öffentlichkeit blieb hingegen verborgen, dass Kluncker auch Vertreter des FDGB in seinem Hotelzimmer in Karlsbad empfangen hatte. Öffentlich grenzte er sich trotz dieser „Geheimdiplomatie“ mit ostdeutschen Gewerkschaftsfunktionären von möglichen Kontakten mit dem FDGB ab: „Es bleibt ausdrücklich festzustellen, daß keinerlei Kontakte mit den Arbeitnehmervertretern aus dem anderen Teil Deutschlands stattfinden werden.“⁶⁵

Kluncker hatte unter Umgehung des FDGB, quasi in „Pionierfunktion“, den Aufbau von Kontakten des DGB zu den Staaten Osteuropas unternommen und durchbrach damit das seit 1955 bestehende Kontaktverbot des DGB mit den kommunistischen Staaten Osteuropas. Einen Dämpfer erhielt die „Neue Ostpolitik“ der Gewerkschaften jedoch nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968. Doch das neugeflochtene, transnationale Beziehungsnetz war mittlerweile zu dicht verwoben; eine Rückkehr zur Politik der Abgrenzung und wechselseitigen Destabilisierung war angesichts der bestehenden Entspannungseuphorie in der westdeutschen Öffentlichkeit nicht mehr durchsetzbar.

Die Westabteilung des FDGB verfolgte die Ostpolitik des ÖTV-Vorsitzenden von Anfang an mit großem Interesse. Sie gab der Westpolitik des FDGB nach einer Phase des vollständigen Rückbaus der Kontakte zu Gewerkschaftsfunktionären in der Bundesrepublik eine neue Perspektive, nach Westdeutschland auszugreifen. Als Kluncker 1965 nach Karlsbad reiste,⁶⁶ beobachteten die Sicherheitsorgane der DDR und die Vertreter des FDGB sein Auftreten in der ČSSR genau. Am 15. September 1965 legte die Westabteilung des FDGB eine erste Information und einen Stimmungsbericht „Zur Reise des ÖTV Vorsitzenden Kluncker in die ČSSR“, basierend auf einer Auswertung eines Fernsehbeitrags des westdeutschen „Magazins der Woche“ vor.⁶⁷ Kluncker hatte im Bundesvorstand des DGB am 5. Oktober 1965 zu Protokoll gegeben, ein „Kontakt mit Delegierten der SBZ fand nicht

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Ebd., S. 217.

⁶⁷ Vgl. Information. Zur Reise des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker in die ČSSR vom 15. September 1965, in: BStU MfS HA II/19 14265.

statt“. Damit hatte er ein brisantes Detail seiner Reise verschwiegen,⁶⁸ über das die Staatssicherheit der DDR am 17. September 1965 durch die Sicherheitsorgane der ČSSR unterrichtet wurde. Nachdem der Vorsitzende der ÖTV „zunächst die Möglichkeit einer Zusammenkunft mit Vertretern des FDGB abgelehnt hatte, äußerte er später sein Einverständnis unter der Bedingung, daß über dieses Zusammentreffen die DDR-Presse nichts veröffentlichen wird.“⁶⁹ Kluncker führte daraufhin eine Besprechung mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft der Angestellten des Gesundheitswesens im FDGB, Martin Döring. Gegenüber tschechoslowakischen Verbindungsmännern gab Kluncker zu verstehen, er würde „eine neue Begegnung mit Vertretern des FDGB begrüßen, die aus Anlaß seiner Reise 1966 in die ČSSR verwirklicht werden könnte.“⁷⁰

Nach diesen ersten Informationen spekulierte man innerhalb der „Einsatzgruppe West“ des MfS am 29. September 1965, wie man die Initiative Klunckers bewerten sollte. Die Mitarbeiter der Staatssicherheit kamen zu dem Ergebnis, dass der ÖTV-Vorsitzende unter „zwei Flaggen segeln“ würde. Auf der einen Seite gebe er sich verständigungsbereit, doch auf der anderen Seite wolle er die Besuche zu den sozialistischen Staaten nutzen, „um die Ost-Gewerkschaften zu unterminieren und in Stellung gegen den FDGB zu bringen.“⁷¹ Die Warnung vor einer möglichen Isolierung des FDGB und der DDR in Osteuropa wurde auch in einem Bericht des Leiters der Westabteilung II Gotthart Feist und des Leiters der Westkommission des Präsidiums des FDGB Rudolf Kirchner, die in Prag eine Aussprache mit westdeutschen „Gewährsleuten“ hatten, unterstützt. In ihrem Bericht brachten sie zum Ausdruck, dass es „höchste Zeit wäre, mit den Funktionären der sozialistischen Länder eine Aussprache über die Arbeit nach Westdeutschland zu führen. Da durchaus von den westdeutschen Gewährsleuten angenommen wird, daß die Gewerkschaften der sozialistischen Länder den westdeutschen Gewerkschaften den Hof bereiten.“⁷² Die Zweifel an Klunckers Ostpolitik gingen auf ein Interview von Kluncker in der „Welt der Arbeit“ zurück, in dem er den „FDGB als Helfershelfer von Mördern“ bezeichnet hatte. „Auf Grund dessen wurde vom Genossen

⁶⁸ Vgl. Kieseritzky: Quellen 13, S. 218.

⁶⁹ Vgl. Information der Sicherheitsorgane der ČSSR vom 17. September 1965 an die Abteilung X. Büro der Leitung II. Genosse Oberst Harisch, in: BStU MfS HA II/19 14265.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Vgl. Auszug aus der Aktennotiz über die Absprache bei der Einsatzgruppe West am 29. September 1965, in: BStU MfS HA II/19 14265.

⁷² Ebd.

Gotthard Feist eine Aussprache mit Herbert Warnke geführt und mit dessen Einverständnis wurde ein Brief von dem Genossen Thude [Teilnehmer der FDGB-Delegation nach Karlsbad J.H.] verfasst, in dem gewissermaßen dem Thiede [Redakteur des „Spiegel“ J.H.] aus Westdeutschland eine Mitteilung gemacht wurde, wenn in dieser Form weiter gearbeitet wird, daß dann genügend Material zur Verfügung steht, um den Kluncker bloßzustellen.“⁷³ Der Berichtersteller des MfS merkte an, dass Kluncker nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik, zum Verbandstag der IG Metall gefahren sei und dort in vertraulichen Gesprächen mit Delegierten über seine Eindrücke in der ČSSR gesprochen habe. „Interessant dagegen ist, daß auf dem Verbandstag der IG Metall in Bremen der Kluncker von Brenner stehen gelassen wurde.“⁷⁴ Demnach waren MfS und FDGB bestens über die interne Auseinandersetzung über die Ostpolitik des DGB informiert. Einen genauen Bericht über die Gespräche in Karlsbad erhielt der FDGB am 8. Oktober 1965. Dem Leiter der Westabteilung I. Joachim Hoffmann und dem Leiter der Westabteilung II. Gotthard Feist lagen Informationen über eine Aussprache mit zwei Vertretern des Zentralrates der Gewerkschaften der ČSSR und die Abschrift eines Berichts über die Bundesvorstandssitzung des DGB vom 5. Oktober 1965 vor. Die Vertreter des Zentralrates der Gewerkschaften der ČSSR bestätigten den Inhalt der Aussprache zwischen Kluncker und Döring. Doch „Kluncker hatte große Angst, daß die Tatsache seiner Gespräche mit FDGB-Vertretern bekannt würde. Er hätte in Karlsbad jedoch zugesagt, daß es nützlich sein könnte, mit Vertretern des FDGB ‚an einem neutralen Ort zusammenzutreffen‘.“⁷⁵ Der Bericht enthielt Einschätzungen zur weiteren Entwicklung der Kontaktbestrebungen im DGB. Zum einen habe Kluncker auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall über die Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu den „Gewerkschaften im Osten“ gesprochen; zum anderen wusste der FDGB um die von Tacke geforderte Aussprache über die Reise Klunckers und die Reaktion der Einzelgewerkschaften. „Metall, Chemie-Papier-Keramik, ÖTV, NGG und Post würden jedoch gegen jeden Abbau und Einschränkung der bisher bestehenden und weiter angestrebten Kontakte

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Vgl. die Abschrift für Gotthard Feist und Joachim Hoffmann über Information über die Aussprache mit Erwin Pieck und Arno Keilbert (Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralrates der Gewerkschaften der ČSSR) am 7. Oktober 1965 in Prag vom 8. Oktober 1965, abgelegt „Handakte Kluncker“, in: BStU MfS HA II/19 14265.

zu Gewerkschaften in osteuropäischen Ländern auftreten und dieses nicht zulassen.“⁷⁶

Doch so eindeutig war die Lage im DGB nicht. Für Unsicherheit im FDGB sorgte die Abschrift eines Berichtes über die Bundesvorstandssitzung vom 5. Oktober 1965 durch einen „Gewährsmann“ des MfS,⁷⁷ der behauptete, dass es der ÖTV nicht gelungen sei, „die entscheidenden Leute der Industriegewerkschaften zu bewegen, an dieser Sitzung teilzunehmen“.⁷⁸ Sein Vorgehen sei innerhalb des Bundesvorstands kontrovers diskutiert und letztlich auch gebilligt worden. „Kluncker sei allerdings auf eigene Verantwortung ein Schritt weitergegangen und hätte nicht nur Verhandlungen geführt, sondern auch Vereinbarungen zugestimmt, die nicht den Beschlüssen des IBFG entsprächen. [...] An dieser Tatsache würde auch der Beschluß des HV [Hauptvorstands J.H.] der ÖTV nichts ändern.“⁷⁹ Insgesamt verlief die Bundesvorstandssitzung aus Sicht der Informanten gegen Kluncker. Die „Gewährsleute“ des MfS hofften, dass der „Bundesvorstand [des DGB] und der Parteivorstand [der SPD] keine Informationen von dieser Stellungnahme Klunckers erhalten würden. Das könnte verhängnisvolle Folgen für Kluncker haben.“⁸⁰

Zwar waren der MfS und der FDGB über die Diskussionen innerhalb des DGB-Bundesvorstands und die Frage der Ostkontakte informiert, doch zeigten sich zahlreiche Lücken, Widersprüche und Verzerrungen. Hier mochte der bundesdeutsche „Gewährsmann“ des MfS in seiner Erinnerung Erzähltes und Gehörtes vermengt haben. Die dramatisch zugespitzten Berichte über die Bundesvorstandssitzungen des DGB spiegelten vor allem die Nervosität der „Gewährsleute“ und der Staatssicherheit angesichts der in Bewegung geratenen deutsch-deutschen Beziehungen wider.

Kluncker blieb auch in der Frage der Aufnahme von offiziellen Beziehungen zum FDGB der treibende Motor der Ostpolitik des DGB. Am 21. Juli 1967 erhielt der FDGB-Bundesvorstand über Rudolf Kirchner die Information, dass er während eines Aufenthaltes in Prag vom Se-

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Vgl. die der Information über Aussprache mit Erwin Pieck und Arno Keilbert (Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralrates der Gewerkschaften der ČSSR) am 7. Oktober 1965 in Prag anliegende Abschrift: Zur Bundesvorstandssitzung des DGB am 5. Oktober 1965 in Mainz, in: BStU MfS- HA II/19 14265.

⁷⁸ Vgl. Kieseritzky: Quelle 13, S. 220.

⁷⁹ Vgl. die der Information über Aussprache mit Erwin Pieck und Arno Keilbert (Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralrates der Gewerkschaften der ČSSR) am 7. Oktober 1965 in Prag anliegende Abschrift: Zur Bundesvorstandssitzung des DGB am 5. Oktober 1965 in Mainz, in: BStU MfS- HA II/19 14265.

⁸⁰ Ebd.

kretariat der zentralen Gewerkschaften der ČSSR über eine Unterredung der tschechoslowakischen Gewerkschaftsfunktionäre mit Heinz Kluncker unterrichtet worden sei. Dieser habe am 27. Juni 1967 auf seiner Reise in die Sowjetunion einen Zwischenstop in Prag gemacht und die Leitung des Zentralrates der Gewerkschaften der ČSSR gebeten, dem FDGB ein Angebot zu unterbreiten, das die „schriftliche Kontaktaufnahme zwischen der Gewerkschaft ÖTV und der entsprechenden Gewerkschaft im FDGB“ beinhaltete. Dieser Schriftwechsel sei die Voraussetzung für eine „von ihm angestrebte offizielle Einladung zu einem Besuch in der DDR. Eine solche Delegation, die er evtl. selbst leiten wollte, könnte im Frühjahr 1968 in die DDR reisen.“⁸¹

Ungeachtet der Entschließung des 8. DGB-Bundeskongresses 1969, auch nach dem Scheitern des Prager Frühlings offizielle Beziehungen zu den Spitzenfunktionären des FDGB aufzunehmen, blieb der FDGB in seiner Einschätzung der Neuen Ostpolitik des DGB in den überkommenen Denkmustern gefangen. Am 13. Oktober 1969 schrieb Herbert Warnke in einem Brief an Walter Ulbricht: „Dir ist bekannt, daß am 2. September vom DGB-Bundesvorstand dessen Geschäftsführender Vorstand beauftragt wurde, die politischen Möglichkeiten für eine Kontaktaufnahme mit dem FDGB zu prüfen.“ Es erweist sich, daß die DGB-Führung nach Möglichkeiten sucht, um auf dem Boden der DDR [...] im Sinne der ‚neuen Ostpolitik‘ der SPD-Führung wirksam zu werden. Andererseits sieht sie sich in zunehmenden Maße mit Auffassungen in den eigenen Reihen konfrontiert, daß offizielle ‚Kontakte‘ zum FDGB im Interesse der westdeutschen Arbeiter lägen. Es ist wahrscheinlich mit öffentlichen Schritten der DGB-Führung zu rechnen.“⁸²

IV.

Blickt man aus der Vogelperspektive auf die beiden Dachverbände, dann entwickelten sich die Beziehungen im hier dargestellten Zeitraum von einem konfrontativen Ineinander und Gegeneinander in ein reguliertes Nebeneinander. In einem entscheidenden Maße ging die Bereitschaft zur Entspannung vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften aus. Der Zielkonflikt zwischen einer demokratischen Abgrenzung vom FDGB und einer auf eine Anerkennung der Realitäten ausgerichteten Entspannungspolitik zwischen Ost und West konnte nur

⁸¹ Vgl. Aktennotiz über die Absprache mit dem Genossen Rudi Kirchner am 31. August 1967, in: BStU MfS- HA II 28485.

⁸² Vgl. das Schreiben von Herbert Warnke an Walter Ulbricht vom 13. Oktober 1969, in: SAPMO-BA DY34/13496.

im Zuge eines permanenten politischen Diskurses auf der Ebene des Dachverbandes bearbeitet werden, der den Wandel der internationalen Beziehungen genauso wie die innergesellschaftlichen Veränderungen in den Blick nahm und sich für generationellen Umschichtungen offen zeigte, wodurch sich die Problemlösungskompetenz des DGB erhöhte. Die politisch-ideologische Abhängigkeit des FDGB von der SED ließ keinen Platz für eigenständige Debatten über Leitbilder der Deutschlandpolitik. Auf der ideologischen Ebene konnte der FDGB nur zwischen einer provozierenden und einer zurückhaltenden Propaganda differenzieren und durch wissenschaftliche und organisationsinterne Optimierungsstrategien eine Verbesserung der deutschlandpolitischen Erträge, Erfolge und Ergebnisse anstreben. In der Realität zeigte sich der FDGB daher unfähig, über den Wandel der deutschlandpolitischen Taktik hinaus eigene Akzente in der Deutschlandpolitik zu setzen.

Im gewerkschaftspolitischen Wettbewerb hatte sich der DGB trotz der intensiven Einwirkungsversuche des FDGB weitestgehend immun gegen die totalitäre Versuchung des ostdeutschen Kommunismus gezeigt. Durch die Selbstabschottung der DDR hatte der FDGB die eigene Mitgliedschaft trotz der demokratischen und sozialpolitischen Magnetwirkung des Westens weitestgehend unter Kontrolle, zumal die neue Generation von Gewerkschaftsfunktionären und -mitgliedern ohne eine Erinnerung an die freie Gewerkschaftsbewegung heranreifte. Die Geschichte der deutsch-deutschen Gewerkschaftsbeziehungen ist deshalb eine in die Erinnerungsgemeinschaft des wiedervereinigten Deutschland hineinreichende kollektive Erfahrung einer gemeinsam geteilten Vergangenheit.

Begleittext zum Vortrag im SAPMO-Bundesarchiv am 17. März 2011 in Kooperation mit der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft.

Mannheim, 8. Mai 2011